

SUBIR BHAUMIK

ROHINGYA-KONFLIKT LÖST REGIONALE KRISE AUS

SCHLIMME FOLGEN FÜR DIE MUSLIMISCHE ZIVILBEVÖLKERUNG MYANMARS

Myanmar, Bangladesch, Indien, Pakistan, China: Die neuerliche Eskalation des Konflikts zwischen Rohingya-Extremisten und burmesischem Militär in der Region Rakhine hat nicht nur katastrophale Auswirkungen für die muslimische Zivilbevölkerung. Die Massenflucht von mehr als einer halben Million Menschen ins Nachbarland hat eine massive regionale Krise ausgelöst. Der Text stellt die Hintergründe des Konflikts vor und erörtert die möglichen Folgen für die südasiatische Region am Golf von Bengalen aus Sicht eines indischen Experten für regionale Sicherheitsfragen.

Als Kämpfer der Arakan Rohingya Salvation Army (ARSA; sinngemäß: Armee zur Rettung der Rohingya) am 25. August 2017 eine Kaserne und 30 Polizeistationen in den Regionen Maungdaw, Buthidaung und Rathedaung im Westen Myanmars attackierten, sendeten die Rebellen damit ein deutliches Signal: Zum ersten Mal in der langen Geschichte des Rohingya-Konflikts, der 1946 in Rakhine begonnen und seitdem zahllose Höhen und Tiefen durchlaufen hat, gab es nun eine Gruppe, die in der Lage war, die gegen sie gerichteten massiven Militäroperationen mit brutaler Waffengewalt zurückzuschlagen. Trotz der Offensive der 33. Infanteriedivision der burmesischen Armee in den Mayu-Bergen, in denen ARSA ihre wichtigsten Stützpunkte hat, war es den Rebellen gelungen, auch im weiter nördlich gelegenen Tiefland genug Männer zu mobilisieren, um einen koordinierten Angriff gegen die Sicherheitskräfte zu starten.

Mehr noch: Der Angriff erfolgte weniger als sechs Stunden, nachdem eine vom ehemaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan geleitete Kommission in Rangun ihre Vorschläge zur Lösung des jahrzehntelangen Konflikts in Rakhine vorgelegt hatte. Das neunköpfige Gremium war zehn Monate zuvor – im Oktober 2016 – von Myanmars De-facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi eingesetzt worden. In dem am 24. August 2017 an Aung San Suu Kyi und Staatspräsident Htin Kyaw übergebenen Bericht empfiehlt Annan zahlreiche Schritte, um die Lage im mehrheitlich von muslimischen Rohingya besiedelten westlichen Grenzgebiet zu Bangladesch zu befrieden – darunter Religionsfreiheit sowie eine Beschleunigung der Verfahren zur Anerkennung der religiösen Minderheit als Staatsbürger im mehrheitlich buddhistischen Myanmar. Auch ein Aussöhnungsprozess zwischen den Ethnien auf allen gesellschaftlichen Ebenen

sowie eine Sensibilisierung der burmesischen Streitkräfte in Menschenrechtsfragen werden von der Kommission gefordert. Vor der Presse machte Annan an diesem Tag zudem deutlich, dass eine Militarisierung keine Antwort auf die komplexe Situation in Rakhine darstellen könne.

International stießen die Vorschläge auf große Zustimmung. In Myanmar gab es ebenfalls positive Signale. An dem Bericht hatten auch burmesische Spitzenpolitiker*innen mitgearbeitet, was der Regierung Suu Kyi die Legitimität zum Handeln gab. Gegen den Widerstand des Militärs kündigte sie die Einsetzung einer Regierungskommission an, um Annans Vorschläge in die Tat umzusetzen. Allerdings hatte sie die Rechnung ohne die ARSA gemacht, die kurz nach Mitternacht, unterstützt von bewaffneten Zivilisten, zuschlug. Wie Augenzeugen bestätigten, hatten sich für diesen offensichtlich lange geplanten und gut koordinierten Großangriff Hunderte Männer den ARSA-Kämpfern angeschlossen.

INTERNATIONALISIERUNG DURCH ESKALATION

«Die Rebellen schossen die völlig überraschten Sicherheitskräfte nieder. Doch es waren bewaffnete Dorfbewohner, die Polizisten und Soldaten mit langen Messern und Macheten erstachen und aufschlitzten», berichtete ein muslimischer Geschäftsmann aus Maungdaw. Mindestens zwölf Sicherheitskräfte wurden getötet. Aus Angst wollte der Augenzeuge anonym bleiben, denn seit Oktober 2016 – dem Zeitpunkt des ersten koordinierten Großangriffs auf Polizeikräfte – hat die ARSA in Rakhine nach Angaben der Behörden mehr als 50 moderate Rohingya-Politiker und weitere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ermordet. Alle Opfer waren Vertreter eines politischen Mittelweges und hätten bei Gesprä-

chen mit Myanmars Regierung eine wichtige Rolle spielen können. Doch die ARSA hatte daran kein Interesse.

Die Geheimdienste in Myanmar schätzen, dass die ARSA insgesamt rund 500 bis 600 gut ausgerüstete Guerilleros unter Waffen hat. Nach Armeeangaben waren an dem Angriff im August jedoch mindestens 1.000 Männer beteiligt. Das zeigt, dass es der ARSA ähnlich wie den maoistischen Rebellen in Indien gelungen ist, sich auf umfassende Unterstützung in der Bevölkerung zu stützen und, wenn nötig, zahlreiche zusätzliche Kämpfer zu mobilisieren. Durch diese mit Hieb- und Stichwaffen bewaffneten Dorfbewohner erhöht sich nicht nur die Zahl der Angreifer, vielmehr verstärkt es die Präsenz der Rebellen in der Bevölkerung weiter und schafft so eine breitere Basis für die Rekrutierung neuer Kämpfer.

Den Berichten zufolge gelang es den Rebellen nicht, die Sicherheitskräfte zu überrennen oder große Mengen an Waffen zu erbeuten. Allerdings konnte die ARSA zeigen, wozu sie in der Lage ist und dass ihre Kämpfer auch der eigene Tod nicht schreckt. Gleichzeitig legte der Angriff das Versagen der Geheimdienste und des gesamten burmesischen Sicherheitsapparates bloß. «Das ist gefährlich», sagt der indische Sicherheitsexperte und Autor Jaideep Saikia. «Angehörige der Rohingya haben lange für radikalislamische Gruppen in Afghanistan, Tschetschenien und im Nahen Osten gekämpft. Jetzt sammeln sie sich unter dem Banner von ARSA, um in ihrer Heimatregion zu kämpfen. Es ist daher höchste Zeit, dass Myanmars Sicherheitskräfte endlich aufwachen und handeln», so Saikia weiter, der unter anderem über terroristische Entwicklungen in Asien geschrieben hat.

Zu den Gründen für den Großangriff hatten Anführer der ARSA in einer Twitter-Nachricht erklärt, Ziel sei es gewesen, eine monatelange Blockade der burmesischen Sicherheitskräfte in den von Rohingya besiedelten Gebieten aufzubrechen und Polizei sowie Militär in die Defensive zu drängen. Weiter ließen die Guerilleros verlauten, durch die Blockade sei es in Städten wie Rathidaung und Buthidaung zu erheblichen Versorgungsengpässen gekommen, die mittelfristig Hungersnöte hätten auslösen können. An den Vorwürfen könnte durchaus etwas dran sein. Allerdings muss die Frage gestellt werden, warum die Rebellen mit ihrer Attacke gewartet haben, bis Kofi Annan den Bericht der Rakhine-Kommission vorlegte. Die Antwort scheint klar: Unabhängig von der Absicht, das burmesische Militär zu blockieren, war der Angriff von der Veröffentlichung des Annan-Berichts beeinflusst. Denn dieser half, das Rohingya-Problem auf eine Art und Weise zu internationalisieren, wie es bis dahin nicht möglich gewesen war.

BANGLADESCH ALS GEBURTSHELFER DES KONFLIKTS

Den Konflikt zwischen buddhistischen Rakhinesen und muslimischen Rohingya gibt es seit dem Zweiten Weltkrieg. Während die Rakhinesen den Einmarsch der Japaner in die Region begrüßten, stellten sich die Rohingya an die Seite der sich zurückziehenden Briten. Als die Briten nach dem Krieg zurückkehrten, gab es erste massive Ausschreitungen. Obwohl sich die Lage bald wieder beruhigte, war der Samen der Zwietracht zwischen den Volksgruppen jedoch gesät. Knapp 30 Jahre später war es Bangladeschs muslimischer Militärdiktator Ziaur Rahman, der den Konflikt vollends eskalierte. Bei einem Treffen im Jahr 1977 hat er mehreren

Rohingya-Anführern nahegelegt, den bewaffneten Kampf gegen die burmesische Regierung aufzunehmen und für einen unabhängigen Rohingya-Staat zu kämpfen. Gruppen wie die Rohingya Solidarity Organisation (RSO) und die Arakan Rohingya Islamic Front (ARIF) folgten dem Ruf und griffen zu den Waffen – auch mit finanzieller und logistischer Unterstützung aus Dhaka.

Das burmesische Militärregime antwortete mit massiven Vergeltungsmaßnahmen. Die Operation Ngamin (Drachenkönig) löste Ende der 1970er Jahre die erste große Fluchtbewegung von Rohingyas aus. 1982 verabschiedete die Junta zudem ein Staatsbürgerschaftsgesetz, das Zehntausende Rohingyas von einem Tag auf den anderen entrechtete und de facto zu Menschen zweiter Klasse degradierte. Rohingyas seien «illegale bengalische Einwanderer», hieß es. Sie gehörten nicht zur indigenen Bevölkerung Myanmars. Seitdem ist es immer wieder zu vereinzelt Gewaltausbrüchen gekommen, die 2012 in einen Volksaufstand mündeten, der vom Militär brutal niedergeschlagen wurde.

Die ARSA formierte sich als Ergebnis dieser Entwicklungen und ging aus den radikalislamischen Bewegungen Harakah al-Yaqin und Aqa Mul Mujahideen hervor. Harakah al-Yaqin hatte sich bereits im Oktober 2016 zu Angriffen auf Sicherheitskräfte bekannt, bei denen in Rakhine mehrere burmesische Polizisten und Soldaten ums Leben gekommen waren. Angeführt wurde diese Gruppe von einem Rohingya namens Attaullah Abu Ammar Jununi, der in der pakistanischen Millionenmetropole Karachi geboren wurde und in Saudi-Arabien aufgewachsen ist. Nach Angaben aus Geheimdienstkreisen schloss er sich dem Islamischen Staat an und kam 2012 nach den Unruhen in Rakhine in die Heimat seiner Vorfahren. Die Gruppe Aqa Mul Mujahideen wurde von Hafiz Tohar ins Leben gerufen, der aus dem Norden Rakhines stammt und eine Terrorausbildung in Pakistan erhalten haben soll. Hafiz Tohar unterhielt demnach enge Verbindungen zum Gründer des burmesischen Ablegers der regional agierenden Terrororganisation Harkat-ul-Jihad al-Islami oder HUIJ, Abdul Qudoos Burmi, der im vergangenen Jahr bei einem Gefecht mit indischen Sicherheitskräften in der Region Jammu getötet wurde. Seit dem Zusammenschluss von Harakah al-Yaqin und Aqa Mul Mujahideen zur ARSA führt Attaullah Abu Ammar Jununi die Gruppe an. Hafiz Tohar ist für die militärischen Operationen verantwortlich.

Myanmars Regierung hat die ARSA als Terrororganisation eingestuft. Die Medien und die Zivilgesellschaft des Landes wurden in einem Rundschreiben aufgefordert, die Angehörigen dieser Gruppe als Terroristen zu bezeichnen und nicht als Aufständische oder Rebellen. Die burmesischen Medien wurden darüber hinaus angehalten, im Zusammenhang mit der Rohingya-Minderheit weiterhin von «illegalen bengalischen Siedlern» zu berichten.

AUFWIND FÜR BANGLADESCHS OPPOSITION

Hossein Toufique Iman, der politische Berater von Bangladeschs Premierministerin Sheikh Hasina, beschrieb die ARSA unlängst in einem Interview als «gemeinsamen Feind Myanmars, Bangladeschs und Indiens». Seiner Ansicht nach ist die Gruppe Teil einer neuen, von Pakistan unterstützten Allianz internationaler Jihadisten unter Führung der pakistanischen Terrorgruppe Lashkar e-Taiba (LeT), über die wiederum der pakistanische Geheimdienst Inter-Services Intelligence (ISI) seine schützende Hand halten soll. Zahlreiche ARSA-Kommandeure und -Kämpfer sollen in Pakistan in LeT-

Lagern ausgebildet worden sein. Bereits nach den Unruhen von 2012 seien junge Männer in den Rohingya-Flüchtlingslagern Bangladeschs von radikalislamischen Extremisten für den bewaffneten Kampf angeworben worden.

Über die mutmaßliche Verwicklung Pakistans in Rakhine hat der Autor ausführlich für das führende burmesische Nachrichtenportal Mizzima News berichtet.¹ Hossein Toufique Imans Befürchtungen sind daher nicht unbegründet, dass Pakistan das Ziel verfolgt, neben dem Dauerkonflikt mit Indien in Kaschmir auch im Osten des Subkontinents an der Grenze zwischen Myanmar und Bangladesch Spannungen zu schüren, um sowohl die Regierung von Aung San Suu Kyi als auch die indienfreundliche, säkulare Regierung von Sheikh Hasinas Awami League unter Druck zu setzen und zu destabilisieren.

Es ist also kein Zufall, dass ARSA-Rebellen in dem Moment angriffen, in dem sich Suu Kyi in der Rakhine-Frage gegen das mächtige burmesische Militär durchgesetzt und die Umsetzung der Vorschläge der Annan-Kommission versprochen hatte. Die Geheimdienste Indiens und Bangladeschs haben Telefonate abgehört, in denen ARSA-Militärchef Hafiz Tohar am 23. und 24. August von einem hochrangigen pakistanischen ISI-Offizier aufgefordert wurde, sofort nach Veröffentlichung des Annan-Berichts anzugreifen. Wörtlich soll dieser mit Bezug auf Kofi Annan gesagt haben, die ARSA solle zuschlagen, sobald der Kala Admi (sinngemäß: der «schwarze Mann») das Land verlassen habe. Tohar habe demnach um mehr Zeit gebeten, sei aber vom ISI zum Handeln gedrängt worden.²

Derselbe Offizier soll Informationen zufolge Ende Juli Sheikh Hasinas politische Rivalin Khaleda Zia von der islamistisch-konservativen Bangladesh National Party (BNP) – die Witwe von Militärdiktator Ziaur Rahman – in London getroffen haben. Somit deutet vieles darauf hin, dass Pakistan zum einen den Friedensprozess in Rakhine torpedieren wollte, bevor dieser überhaupt begonnen hatte. Zum anderen wurde eine massive Flüchtlingskrise in Kauf genommen, um Sheikh Hasinas Regierung im Hinblick auf die Wahlen in Bangladesch Ende 2018 zu destabilisieren.³

Innenpolitisch steht Sheikh Hasina unter massivem Druck. Durch die Eskalation des Konflikts sind mehr als 500.000 Rohingya nach Bangladesch geflohen. Zwar erklärte die Premierministerin, ihr Land könne bis zu einer Million versorgen. Doch die Ressourcen sind knapp. Gleichzeitig will sich die Regierung von der Opposition nicht vorwerfen lassen, sie ignoriere eine humanitäre Katastrophe mit muslimischen Opfern. Dennoch wächst im Regierungslager die Sorge, dass die Islamisten durch die Krise Aufwind bekommen. Die Krise hat ein starkes panislamisches Narrativ geschaffen, dass Khaleda Zias BNP zugute zu kommen scheint – und nicht der Awami League. Bereits nach den Terroranschlägen in New York und Washington vom 11. September 2001 hatte eine ähnliche Stimmungslage zur Wahlniederlage von Hasinas Partei geführt. Die Opposition in den Metropolen Dhaka und Chittagong sowie in anderen Landesteilen wittert also zurecht Morgenluft. Hinzu kommt, dass die ARSA enge Verbindungen zu einheimischen Extremistengruppen wie Jamaat-ul-Mujahideen Bangladesh (JMB) unterhält. Zudem bewegen sich die ARSA-Kader offen in den Flüchtlingslagern von Teknaf, Cox's Bazar und bis in die Region Chittagong. Auch das beunruhigt die Regierung von Sheikh Hasina.

UNTERSCHIEDLICHE INTERESSEN IN MYANMAR

In Myanmar wurde Aung San Suu Kyi durch den Angriff der ARSA-Rebellen das Heft des Handelns aus den Händen gerissen. Das Militär übernahm die Kontrolle – obwohl es durch eigenes Versagen den Angriff erst möglich gemacht hatte. Trotzdem ist Suu Kyi nicht in der Lage, dem etwas entgegenzusetzen. Eine Aussöhnung in Rakhine, für die Kofi Annan so nachdrücklich und emotional geworben hatte, scheint durch die Eskalation in weite Ferne gerückt zu sein. Die Remilitarisierung des Diskurses ist offensichtlich, denn der burmesische Sicherheitsapparat strebt eine militärische Lösung in der Region an – ähnlich der des srilankischen Militärs im Jahr 2009 im Kampf gegen die Rebellen der Befreiungstiger von Tamil Ealam (LTTE).

Die burmesischen Behörden beteuern, ihre Militäroffensive richte sich gegen die ARSA. Doch die Realität sieht anders aus: Unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung geht das Militär mit rücksichtsloser Gewalt gegen die Zivilbevölkerung vor. Brutale, mittelalterlich anmutende Vergeltungsmaßnahmen sind an der Tagesordnung. Berichten von Flüchtlingen zufolge wurden ganze Dörfer niedergebrannt, es kam zu Massenerschießungen und Vergewaltigungen. Flüchtende sollen mit Artillerie und Granaten beschossen worden sein.

Die Folgen des massiven militärischen Vorgehens sind gravierend: Einerseits führt es zu einer weiteren Entfremdung der Rohingya von der burmesischen Regierung. Die ARSA könnte daraus Kapital schlagen und neue, durch die Militärgewalt radikalisierte Kämpfer rekrutieren. Eine stärkere ARSA könnte dann ihre Methoden anpassen und den Konflikt weiter eskalieren, etwa durch den Einsatz von Selbstmordattentätern für Anschläge in burmesischen Großstädten wie Rangun oder Mandalay. Zudem gibt es eine große Rohingya-Diaspora in Südostasien, in Südasien und im Nahen Osten. Auch dort könnte man ARSA-Kämpfer rekrutieren, um burmesische Ziele anzugreifen. Ein solches Szenario würde es unmöglich machen, den Konflikt weiterhin auf Rakhine zu beschränken.

Andererseits haben die von Flüchtlingen erzählten Geschichten von Folter und Horror längst Einfluss auf die Meinung der Weltöffentlichkeit genommen. Vor allem Aung San Suu Kyi steht massiv in der Kritik. Vielerorts wurden Stimmen laut, die sogar die Aberkennung ihres Friedensnobelpreises forderten, der ihr 1991 verliehen worden war. Das Image von Myanmars erster frei gewählter Regierung seit 55 Jahren ist durch die Rohingya-Krise schwer beschädigt. Mehr noch: Bangladeschs Premier Sheikh Hasina, eine der wichtigsten Unterstützerinnen von Myanmars Demokratiebewegung, hat dem östlichen Nachbarn vorgeworfen, durch sein Handeln einen Krieg zu provozieren.

Dabei kann Suu Kyi nicht viel tun, denn das Militär kontrolliert nach wie vor die Schlüsselressorts ihrer Regierung – das Innen- und Verteidigungsministerium sowie das Ministerium für Grenzfragen. Ein Viertel der Parlamentsabgeordneten trägt Uniform. Dabei hatte Suu Kyi versucht, mithilfe des Annan-Berichts in Rakhine einen Prozess der ethnischen und religiösen Versöhnung auf den Weg zu bringen. Doch letztlich hat die ARSA das torpediert, und die Armee nutzt nun die Gunst der Stunde, um mit Waffengewalt ihre eigene Agenda durchzusetzen und die Rohingyas aus dem Land zu treiben.

Gleichwohl sendete Suu Kyi zuletzt versöhnliche Signale, wenn auch mit einem etwas faden Beigeschmack. Ihre Regierung sei bereit, all jene Rohingyas zurück ins Land zu las-

sen, die nachweisen könnten, dass sie Einwohner Myanmars seien. Diese Bedingung allerdings ist für die meisten unerfüllbar, denn nach Inkrafttreten des Staatsbürgerschaftsgesetzes im Jahr 1982 wird der muslimischen Minderheit systematisch ihre Anerkennung als legitime Bürger Myanmars verweigert. Ungeachtet dessen wurde Suu Kyis Ankündigung von den mächtigen Nachbarn Indien und China sowie von den Vereinigten Staaten begrüßt. Doch die Frage der Rückkehr der Flüchtlinge wird sich als eine hohe Hürde bei der Lösung des Konflikts erweisen. So wirft das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte Myanmar vor, die Rohingya dauerhaft von einer Rückkehr abhalten zu wollen, auch weil das Militär derzeit die Grenze systematisch vermint.

INDISCHE UND CHINESISCHE BEFÜRCHTUNGEN

Die Regionalmächte Indien und China beobachten die Entwicklungen in Myanmar und Bangladesch genau. In Neu-Delhi ist man aufgrund der engen Verbindungen der ARSA nach Pakistan und zu radikalislamischen Gruppen wie Lashkar e-Taiba und Jamaat-ul-Mujahideen Bangladesh zutiefst besorgt. Die indische Regierung unter Führung der hindunationalistischen Indischen Volkspartei (BJP) macht LeT unter anderem für die Terroranschläge in Mumbai 2008 verantwortlich, bei denen mehr als 170 Menschen getötet worden waren. Sie fürchtet eine neue Terrorbedrohung und hat bereits präventiv mit der Ausweisung der rund 40.000 Rohingya-Flüchtlinge gedroht, die sich im Land aufhalten. Darunter sind 15.000 Menschen, die beim Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen offiziell registriert sind.

Premierminister Narendra Modi stellte sich zuletzt demonstrativ an die Seite des Nachbarn. Kurz vor seinem Besuch in Myanmar Anfang September 2017 verurteilte er die Offensive der ARSA als «brutalen terroristischen Angriff» und drückte sein Bedauern über die getöteten burmesischen Sicherheitskräfte aus. In einer Stellungnahme des Außenministeriums hieß es darüber hinaus, Indien werde alles tun, um Myanmar beim Kampf gegen den Terror zu unterstützen. Das rücksichtslose Vorgehen des burmesischen Militärs fand dagegen keine Erwähnung. Auch China hat Myanmar «starke Unterstützung» zugesichert. «Wir hoffen, dass die internationale Gemeinschaft ein gutes Klima schafft, sodass Myanmar seine Probleme adäquat lösen kann», erklärte der chinesische Botschafter in Myanmar, Hong Liang, im September 2017 kurz vor einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates.

Die Unterstützung durch die mächtigen Nachbarn ist nicht ganz uneigennützig. Sowohl Indien als auch China haben in Rakhine in gewaltige Infrastrukturprojekte investiert. So ist Indien am sogenannten Kaladan-Multi-Modal-Transit-Transport-Projekt beteiligt, mit den Bundesstaaten im indischen Nordosten wie Mizoram einen leichteren Zugang zum Golf von Bengalen erhalten sollten – zunächst per Straße nach Paletwa, dann weiter über den Kaladan-Fluss bis zum Seehafen von Sittwe. China wiederum hat ein Hafenprojekt im südlich von Sittwe gelegenen Kyaukpya unterstützt, das der Ausgangspunkt für eine Öl- und Gaspipeline sowie eine Eisenbahnverbindung in die chinesische Provinz Yunnan ist.

Obwohl beide Prestigeprojekte nicht im unruhigen Norden Rakhines liegen, befürchten Indien und China ein Überschwappen des ARSA-Terrors in andere Regionen Myanmars und auch auf das eigene Staatsgebiet. Deutlich wurde das gemeinsame Interesse beim Gipfel der BRICS-Staaten

Anfang September im chinesischen Xiamen, als sich Premierminister Modi und Präsident Xi Jinping darauf verständigten, in Fragen der regionalen Stabilität konstruktiv zusammenzuarbeiten – nicht zuletzt mit Betonung auf der Krise in Myanmar.

Doch es bedarf einer breiteren Allianz, um den Rohingya-Konflikt zu beenden. Wenn es Indien, China, den USA und den Staaten des Verbands Südostasiatischer Nationen (ASEAN) nicht gelingt, in dieser Frage zusammenzuarbeiten, dann scheinen die Hoffnungen auf eine Lösung äußerst gering zu sein. Schon jetzt hat sich die Rohingya-Frage zur größten regionalen Krise seit dem Bürgerkrieg von 1971 in Ostpakistan entwickelt, der damals den Zerfall des Landes und die Gründung eines unabhängigen Bangladeschs zur Folge hatte. Im UN-Sicherheitsrat allerdings scheint es keine Einigkeit zu geben. Sowohl China als auch Russland dürften mögliche Strafmaßnahmen gegen Myanmar blockieren.

Ungeachtet dessen sind die meisten politischen Beobachter davon überzeugt, dass der einzige Weg, um eine weitere Ausweitung der Krise zu verhindern, die Rückführung der Rohingya aus den Flüchtlingslagern in Bangladesch ist. Dafür allerdings muss die Weltgemeinschaft Druck auf das mächtige Militär in Myanmar ausüben, das bislang strikt gegen einen solchen Schritt ist. Der frühere UN-Generalsekretär Kofi Annan forderte den Sicherheitsrat auf, sich auf einen Fahrplan für die Lösung der Krise in Myanmar zu verständigen. Andernfalls, so warnte er, werde es die Weltgemeinschaft mit einem äußerst langwierigen Problem in der Region zu tun bekommen, das sich in den kommenden Jahren zu einem sehr ernststen Konflikt ausweiten könne.

Subir Bhaumik ist Experte für Sicherheitspolitik in Süd- und Südostasien. Derzeit arbeitet er als für die burmesische Nachrichtenwebsite Mizzima News und das Portal bdnews24.com aus Bangladesch. Zudem ist er als Berater der Mahanirban Calcutta Research Group tätig, einem Thinktank mit Sitz in Kalkutta, mit dem die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Indien kooperiert.

Aus dem Englischen von Stefan Mentschel, Leiter des Regionalbüros Südasiens der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Neu-Delhi

¹ Vgl. www.mizzima.com/news-regional/pakistan-isis-allegedly-behind-rakhine-imbroglio.
² Vgl. www.rosalux.de/news/id/37804. ³ Vgl. www.neues-deutschland.de/artikel/1063948.pakistan-will-die-spannungen.html.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 15/2017 erscheint online und wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3171

Redaktionsschluss: Dezember 2017

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation